Newess

1 | 12

Dokumentations- und Kulturzentrum
Deutscher Sinti und Roma

Inhalt

Vorwort	2
Höhepunkt	4
Panorama	6
Fokus	16
Interview	23
Antiziganismus	26
Revue	30
Publikationen	38
Projekte	40
Landesverbände	42
Zentralrat	44
Impressum	48

© Filip Singer

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

die zweite Ausgabe unseres Magazins Newess liegt vor und präsentiert Ihnen Neuigkeiten unserer Arbeit aus dem zweiten Halbjahr 2011.

Rassistisch motivierte Gewalt und populistische Wahlkämpfe, meine Damen und Herren, veranlassen mich, daran zu erinnern, dass die Verantwortung vor der Geschichte nicht nur eine nationale, sondern eine gesamteuropäische ist. Der Zentralrat weist etwa seit Jahren auf Aktivitäten im Internet hin, durch die Sinti und Roma als neue Zielgruppe für rechtsradikale Gruppierungen aufgebaut werden. Aber auch die Bedrohung von Minderheiten durch rechtsextreme gewaltbereite Gruppen in Deutschland – das zeigen die Entwicklungen des letzten Jahres einmal mehr in aller Deutlichkeit – können nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Im Zuge der Fahndung nach der „Phantom-Frau" im Polizistenmord von Heilbronn, der nach aktuellen Ermittlungen einer rechtsterroristischen Gruppierung zugeschrieben wurde, die Deutschland über Jahre hinweg in Schrecken versetzten konnte, ohne dass die Ermittlungsbehörden ihre Existenz auch nur erahnt hätten, wurden Sinti und Roma pauschal von Staatsanwaltschaft und Polizei stigmatisiert. Bundesweit war in den Medien von „Ermittlungen im Zigeuner-Milieu" die Rede.

Der Zentralrat erwartet in diesem Zusammenhang eine Erklärung der baden-württembergischen Justiz zur Rehabilitierung der Minderheit, die insbesondere in Anbetracht aktueller Gewaltandrohungen an Bedeutung gewinnt. Darüber hinaus müssen rechtsterroristische Verbrechen in Deutschland und anderen europäischen Ländern umfassend aufgeklärt werden, um ein Europa zu bewahren, das die zentralen Werte Menschen- und Minderheitenrechte nicht nur rhetorisch vertritt, sondern auch umsetzt.

Auch deshalb ist die nationalstaatliche Realisierung der Vorgaben des Europäischen Rahmenprogramms für die nationale Strategie zur Gleichberechtigung der Roma und Sinti in ihren jeweiligen Heimatländern von höchster Notwendigkeit. Mehr zu diesen Themen finden Sie in den Rubriken Antiziganismus, Landesverbände und Zentralrat.

Ein besonderes Anliegen des Zentralrats ist der Erhalt der Gräber NS-verfolgter Sinti und Roma. Für deren Familien ist der Erhalt dieser etwa 2 500 Gräber als Familiengedächtnisstätten von besonderer Bedeutung. Bundesratspräsident Horst Seehofer sagte bei einem Gespräch im Dezember zu, eine Initiative des Bundesrats zur Erhaltung der Gräber von NS-verfolgten Sinti und Roma zu unternehmen. Vor der nächsten Sitzung des Bundesrats will er am 8. Februar mit den Vizepräsidenten des Bundesrats, Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und Ministerpräsident Winfried Kretschmann, klären, ob eine entsprechende Änderung des Gräbergesetzes oder eine Entschließung des Bundesrats für die Praxis in den Bundesländern und Kommunen erfolgen solle. Darüber soll der Bundesrat anschließend entscheiden. Alle Ländervertreter stimmten der Verfahrensweise zu. Damit reagierte der Präsident des Bundesrats auf den Appell des Zentralrats, endlich den Erhalt der Grabstätten NS-verfolgter Sinti und Roma zu sichern.

Ein kultureller Höhepunkt des vergangenen Halbjahrs, auf den ich ganz besonders stolz bin, ist sicherlich der Auftritt unseres „Stardirigenten" Riccardo M Sahiti beim Beethovenfest in Bonn, mit dem sich der Musikvisionär einen lang ersehnten Traum erfüllte. Mehr darüber lesen Sie in der Rubrik Höhepunkt. Aber auch unsere Gedenk- und Bildungsreise nach Auschwitz vergangenen Sommer, die unser Haus gemeinsam mit dem Bündnis für Demokratie und Toleranz neu konzipierte, verlief überaus erfolgreich, wie Sie in der Rubrik Fokus erfahren.

Nun bleibt mir noch, Ihnen allen – wie immer – viele interessante Eindrücke beim Lesen zu wünschen. Ich freue mich auf Ihre Resonanz und wünsche Ihnen alles Gute für das Jahr 2012!

Ihr

Dirigent mit musikalischer Vision:
Riccardo M Sahiti | © Bjoern Hadem

Visionen führen zum Erfolg

Visionäre brauchen einen langen Atem. Ein solcher Visionär ist zweifelsohne Riccardo M Sahiti. Mit dem Ziel, insbesondere jene musikalischen Werke aufzuführen, die in der Kultur der Sinti und Roma verwurzelt und durch sie inspiriert sind, hat er im Mai 2001 den „Philharmonischen Verein der Sinti und Roma Frankfurt am Main" ins Leben gerufen. Damit waren die Weichen für eine weltweit einzigartige Idee und den langen Weg hin zu einem institutionell fest verankerten Ensemble gestellt.

Ein erstes Etappenziel konnte rasch erreicht werden. Bereits im November 2002 feierte das Roma und Sinti Streichorchester mit einem fulminanten Gründungskonzert fröhliche Urständ und erweiterte sein Repertoire seit diesem ersten Auftritt kontinuierlich. Der musikalische Fundus, aus dem geschöpft werden kann, ist groß, denn Anleihen von Sinti- und Roma-Weisen finden sich bei erstaunlich vielen Komponisten. Zudem können immer wieder Uraufführungen von zeitgenössischen Künstlern präsentiert werden, deren Kompositionen dem Philharmonischen Verein gewidmet sind.

Einen Mangel an öffentlichem Interesse hat der Philharmonische Verein hierbei nicht zu beklagen: Fernsehen, Rundfunk und Tagespresse berichteten bereits vielfach über die Arbeit. Die Kritiken zu den bisherigen Auftritten sprechen Bände. So schreibt die FAZ über ein Gastspiel im Wiesbadener Kurhaus: „Dieses Konzert, das unter der Schirmherrschaft von Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, stand, hat deutsche, jüdische und Roma-Kultur aufs Engste miteinander verbunden – wunderbare Gesten, um die Identität der Sinti und Roma in ihrem Miteinander mit anderen Völkern zu festigen."

Der künstlerische Leiter und Dirigent Riccardo M Sahiti wurde 1961 als Kind einer Roma-Familie in der kleinen jugoslawischen Stadt Kosovska Mitrovica geboren. Dort besuchte er eine Musikschule und träumte schon bald davon, einmal ein großes Orchester zu leiten. Und tatsächlich schloss er 1990 in Belgrad sein Studium in Dirigieren und Musikpädagogik ab. Anschließend vertiefte er seine Ausbildung in Moskau und sammelte erste Dirigiererfahrungen mit Orchestern wie den Schlesischen Philharmonikern, dem Radio-Sinfonieorchester Belgrad und dem ungarischen Sinfonieorchester Savarija Szombathely.

Wie viele andere Roma wurde Sahiti und seine Familie zu Beginn der neunziger Jahre aus seiner Heimat im Kosovo vertrieben und verlor dabei alles. Einen neuen Lebensmittelpunkt fand er in Frankfurt am Main und einen neuen Lebensinhalt schließlich mit der Vision eines eigenen Orchesters. Wie sehr sein beharrlicher Einsatz Früchte trägt, zeigte die Einladung zum Beethovenfest Bonn im Jahr 2011.

Sahitis Roma und Sinti Kammerphilharmoniker konzertieren beim renommierten Beethovenfest in Bonn | © Bjoern Hadem

Zu Ehren von Franz Liszt spielten die Roma und Sinti Philharmoniker dort im September ein überaus ambitioniertes Programm. Am Ende des Konzerts wurde das Orchester dafür mit stehenden Ovationen gefeiert – und Riccardo M Sahiti war seiner Vision wieder einen Schritt näher gekommen. *(ga)*

Weitere Informationen: **www.foerdervereinroma.de**

Der Europäische Bürgerrechtspreis der Sinti und Roma honoriert den Einsatz für Menschenrechte | © Dokumentations- und Kulturzentrum

Thomas Hammarberg erhält Europäischen Bürgerrechtspreis

Thomas Hammerberg ist Träger des Europäischen Bürgerrechtspreises der Sinti und Roma 2012. Dies beschloss die Preisjury unter der Leitung des Vorsitzenden des Zentralrats und des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, auf ihrer Sitzung am 7. Dezember in Heidelberg.

Als amtierender Kommissar für Menschenrechte des Europarats tritt Hammarberg konsequent mit deutlichen Worten für die Rechte der Sinti und Roma ein und wendet sich öffentlich wirksam gegen Diskriminierung und Rassismus. Neben vielen anderen Initiativen ist sein Einsatz gegen die Abschiebung von Roma-Angehörigen beispielhaft. In Italien führen sein jüngster Länderbericht und die damit verbundenen Empfehlungen gerade zu einem neuen Bewusstsein für die Situation der Roma von staatlicher und öffentlicher Seite.

Den Sonderpreis erhält George Lacatus, Journalist und Präsident der rumänischen Roma Journalisten Vereinigung (Asociatia Jurnalistilor Rromi, AJR). Lacatus und seine Organisation setzen sich dafür ein, Stereotypen und Ressentiments gegenüber Roma in den rumänischen Medien zu beseitigen und die Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung von Journalisten in Roma-Fragen zu fördern.

Der mit 15 000 Euro dotierte internationale Preis soll einen Beitrag zur Wahrung der Bürgerrechte und der Chancengleichheit der Angehörigen der Sinti- und Roma-Minderheiten in ihren jeweiligen Heimatländern in Europa leisten. Ausgezeichnet werden Einzelpersonen, Gruppen oder Institutionen, die sich für eine Verbesserung der Menschenrechtssituation der Sinti und Roma eingesetzt haben.

Der Preis soll gleichzeitig ein Signal an politisch verantwortliche Stellen, Medien und gesellschaftliche Gruppen in Europa sein, gegen überkommene Klischees, Vorurteilsstrukturen und gegen jede Form der Ausgrenzung vorzugehen. Der feierliche Festakt zur Preisvergabe findet am 3. April 2012 im Auswärtigen Amt in Berlin statt. *(ga)*

Weitere Informationen: **www.buergerrechtspreis.de**

Vorstandsvorsitzender Romani Rose (Mitte) mit Stellvertretern Jacques Delfeld Senior (links) und Silvio Peritore | © Dokumentations- und Kulturzentrum

Romani Rose als Vorstandsvorsitzender bestätigt

Der alte und neue Vorsitzende des Dokumentations- und Kulturzentrums sowie des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma kann mit großem Rückhalt an die Arbeit gehen: die Vorsitzenden und Delegierten der Landesverbände wählten den 65-jährigen Romani Rose einstimmig auf weitere vier Jahre als Vorstandsvorsitzenden.

Rose bedankte sich nach der Wahl für das entgegengebrachte Vertrauen und lobte: „Wir können mit unserer Arbeit zufrieden sein." Gleichwohl liege noch vieles im Argen: „Trotz unserer 600-jährigen Geschichte in Deutschland ist die rechtliche Gleichstellung unserer Minderheit immer noch eine vordringliche Aufgabe."

Zu Roses Stellvertretern im Dokumentations- und Kulturzentrum wurden Jacques Delfeld Senior, Vorsitzender des Landesverbandes Rheinland-Pfalz, und Daniel Strauß, Vorsitzender des Landesverbandes Baden-Württemberg, gewählt. Stellvertreter im Zentralrat sind ebenfalls Jacques Delfeld Senior und darüber hinaus Silvio Peritore, Leiter des Referats Dokumentation im Dokumentations- und Kulturzentrum. Die Holocaust-Überlebenden Wilhelm Spindler, der bislang stellvertretender Vorsitzender des Zentralrates war und nicht mehr für dieses Amt kandidierte, und Franz Rosenbach wurden als Ehrenvorstände gewählt. *(au)*

Silvio Peritore promoviert

Silvio Peritore, Leiter des Referats Dokumentation im Dokumentations- und Kulturzentrum und stellvertretender Vorstandsvorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, schloss 2011 seine Dissertation an der Leibniz Universität Hannover bei Dirk Lange und Axel Schulte, Hannover, sowie Peter Steinbach, Mannheim, erfolgreich ab und verteidigte diese.

Die Arbeit mit dem Titel „Geteilte Verantwortung? Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma in der deutschen Erinnerungspolitik und in Ausstellungen zum Holocaust" bezieht mehrere Perspektiven unterschiedlicher Akteure und Forschungsbereiche ein. Neben der historischen Bewertung dieses Genozids und der daraus resultierenden Kontroversen behandelt sie politische, gesellschaftliche, rechtliche und psychologische Aspekte zu den Auswirkungen des Verbrechens in der deutschen und internationalen Erinnerungsarbeit.

Schwerpunkte sind die Dokumentation, Bewertung und Analyse der allgemeinen Entwicklungsprozesse in der deutschen Erinnerungsarbeit sowie die in 20 gezielt ausgewählten Ausstellungen der Gedenkstätten und Museen zum Nationalsozialismus und zum Holocaust veröffentlichten Materialien zu Sinti und Roma. Die ausgestellten Texte, Bilder und Dokumente stellen in komprimierter Form einen aussagekräftigen Indikator für den erinnerungspolitischen Stellenwert der Sinti und Roma dar. Die Begutachtung und Bewertung der Ausstellungen richtet sich nach erinnerungspolitischen, historiographischen, pädagogischen, musealen und rezeptiven Kriterien.

Ebenso wird der konfliktreiche Weg der Sinti und Roma in die Erinnerungskultur und damit auch in diese Ausstellungen beschrieben. Der von antiziganistischen Vorurteilen geprägte politische, gesellschaftliche, wissenschaftliche und justizielle Umgang mit den deutschen Sinti und Roma bis zum Beginn ihrer Bürgerrechtsarbeit in den siebziger Jahren wirkte sich auch auf das Gedenken aus, weil den Sinti und Roma bis 1982 die Anerkennung als Opfer des NS-Völkermords versagt blieb.

Die Rolle der Sinti und Roma als Opfer des Völkermords in der deutschen Erinnerungs- und Gedenkstättenarbeit ist ebenso Gegenstand der Arbeit. Dabei wird auch das Nichterinnern thematisiert, also die Frage, warum sie von den Verantwortlichen aus Politik und Gedenkstätten aus dem Gedenken ausgeschlossen oder erst nach Auseinandersetzungen mit dem Zentralrat beziehungsweise dem Dokumentationszentrum einbezogen wurden. Eine Diskussion darüber, warum dieser Völkermord jahrzehntelang durch die deutsche Gesellschaft und Wissenschaft verdrängt wurde, steht weiterhin aus.

Die Untersuchung soll ein Bewusstsein über den NS-Völkermord an den 500 000 Sinti und Roma und dessen vielfältige Auswirkungen besonders in den Gedenkstätten und Bildungseinrichtungen, aber auch in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft stärken. Neben dem Ermitteln des erinnerungspolitischen Stellenwerts der Sinti und Roma im Vergleich zu den Juden als den beiden Hauptopfergruppen des nationalsozialistischen Völkermords soll die Arbeit auch einen Beitrag zu einer kritischen Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen Stellenwert der Sinti und Roma als Bürger in Deutschland und in anderen Staaten erreichen. Neben der Darstellung von Defiziten in der deutschen Erinnerungsarbeit sollen aber auch Lösungswege aufgezeigt und Anregungen für künftige Forschungen und Bildungsmaßnahmen gegeben werden.

Eine allgemeine Gleichstellung der etwa zwölf Millionen Sinti und Roma in ihren jeweiligen europäischen Heimatländern und eine Verbesserung ihrer Situation in den Bereichen Menschenrechte, Politik, Gesellschaft, Wissenschaft, Erinnerungskultur, öffentliche Wahrnehmung und mediale Darstellung kann nur dann gelingen, wenn sie als Teil der Gesellschaften und als gleichberechtigte Bürger betrachtet und behandelt werden. Neben der Schaffung politischer und rechtlicher Rahmenbedingungen ist zum Abbau bestehender Vorurteile gegenüber den Sinti und Roma besonders in Schulen, Hochschulen und Gedenkstätten eine präventive Aufklärungsarbeit über deren Geschichte, den Holocaust und die Ursachen des Antiziganismus zu leisten.

(sp)

Paul Dambrowski gestorben

Der Mitbegründer des „Niedersächsischen Landesverbandes Deutscher Sinti" und langjährige Vorstand im Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, Paul Dambrowski, verstarb vergangenes Jahr im Alter von 77 Jahren in ostfiesischen Aurich. Bereits seit 1981 gehörte der Holocaust-Überlebende zu den ersten Aktivisten der Selbstorganisation und der Bürgerrechtsarbeit deutscher Sinti und Roma. 1982 gründete er unter anderen den Zentralrat Deutscher Sinti und Roma.

Als achtjähriges Kind wurde er Ende 1942 mit seiner Familie von der Gestapo verhaftet und in das Konzentrationslager Białystok verschleppt. Dort war er bis Ende 1943 inhaftiert und erlitt schwere Gesundheitsschäden. Unter diesen litt er Zeit seines Lebens.

Gemeinsam mit seiner Frau Martha engagierte sich Paul Dambrowski vor allem bei der öffentlichen Aufarbeitung und Dokumentation des nationalsozialistischen Völkermords an den Sinti und Roma im besetzten Europa. Mit anderen Holocaust-Überlebenden setzte er sich mit einer Demonstration vor dem Bundeskriminalamt im Januar 1983 für die Beendigung jeder Sondererfassung von Sinti und Roma ein, die in vielen Polizeibehörden der Bundesrepublik seit den fünfziger Jahren von ehemaligen NS-Beamten fortgeführt worden war.

Der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, würdigte Paul Dambrowski als „einen guten Freund und langjährigen Wegbegleiter", der sich um das Ansehen der Sinti und Roma in Deutschland verdient gemacht habe. Sein Tod sei für die gesamte Minderheit ein großer Verlust, erklärte Rose.

(ar)

Fotografische Zeugnisse zum Holocaust an den Sinti und Roma aufgetaucht

Kürzlich wurde das Dokumentationszentrum auf eine bis dato unbekannte Fotoserie aufmerksam, die vier Sinti-Kinder im katholischen Kinderheim St. Elisabeth in Neustrelitz in den Jahren 1942 und 1943 zeigt. Aufgenommen hat die Bilder der damalige Kaplan Heinrich Kottmann, der der katholischen Gemeinde nach der Wende ein Album mit Fotos aus den Jahren 1940 bis 1945 überließ, das seither im Pfarrarchiv aufbewahrt wird. Auf drei Albumseiten sind insgesamt zehn Fotos eingeklebt, auf denen die Sinti-Kinder zu sehen sind, darunter drei Aufnahmen vom Abtransport der Kinder nach Auschwitz-Birkenau am 8. März 1943.

Bislang ist nur eine Fotoserie bekannt, die eine Deportation von Sinti und Roma nach Auschwitz-Birkenau zeigt: aufgenommen am 3. März 1943 in Remscheid. Schon daraus ergibt sich der Stellenwert der neu entdeckten Fotografien, die in ihrer Art ohne Beispiel sind. Offensichtlich wurden die Fotos von der Abholung der Kinder heimlich durch eine Fensterscheibe vom Obergeschoss des Kinderheims aufgenommen, was mit einem hohen persönlichen Risiko verbunden war.

Nach intensiven Recherchen ist es gelungen, die Namen der Kinder und ihr weiteres Schicksal zu ermitteln. Auf dem Foto, aufgenommen im Sommer 1942, sieht man von links: Franz Rose (nach anderen Quellen Ferdinand Rose), Fritz Wagner, Paul Wagner und Alex Rose. Es handelt sich jeweils um Geschwister. Wie wir inzwischen wissen, wurden die vier Kinder und die meisten ihrer Familienangehörigen in Auschwitz-Birkenau ermordet.

Auch die Vorgeschichte konnte durch zusätzliche Quellen rekonstruiert werden. Am 4. Mai 1941 kam es an drei Orten im Kreis Waren (Mecklenburg), in denen Sinti-Familien lebten und auf Gütern arbeiteten, auf Betreiben des NSDAP-Kreisleiters zur Festnahme der arbeitsfähigen Männer und Frauen; lediglich Mütter mit kleinen Kindern, Kranke und Alte wurden zurückgelassen. Dagegen waren auch die Jugendlichen ab dem Jahrgang 1928 von der Aktion betroffen. Die Verhaftungsopfer kamen laut Bericht eines beteiligten Täters in die „Landesanstalt in Neustrelitz-Strelitz".

Sieben Wochen später, am 23. Juni 1941, wurden zehn der zurückgebliebenen Kinder aus dem Kreis Waren abgeholt. Fünf kleinere Kinder (vier Mädchen und ein Junge), die zwischen zwei Jahren und vier Monaten alt waren, kamen in das katholische Säuglingsheim Neubrandenburg, die fünf älteren Kinder in das katholische Kinderheim Neustrelitz. Bei letzteren handelte es sich um die vier Jungen auf dem Foto – sie waren beim Eintreffen im Heim zwischen drei und elf Jahre alt – und um den siebenjährigen Max Groß, der schon vier Wochen später in ein anderes Heim verlegt wurde.

Die Sinti-Kinder Franz Rose, Fritz Wagner, Paul Wagner und Alex Rose (v. l.) im katholischen Kinderheim St. Elisabeth in Neustrelitz | © Katholisches Pfarrarchiv Neustrelitz

März 1943: Der LKW fährt Richtung Auschwitz | © Katholisches Pfarrarchiv Neustrelitz

Am 8. März 1943 wurden die im Kreis Waren zurückgebliebenen Sinti mit zwei Lastwagen, deren Ladeflächen mit Stroh bedeckt waren, abgeholt. Auf dem Rückweg wurden die vier Jungen in Neustrelitz aufgesammelt; dabei machte Kaplan Kottmann die drei Aufnahmen. Man brachte die Menschen zunächst in die „Landesanstalt" nach Strelitz. Dort waren die Familien, die man knapp zwei Jahre zuvor auseinandergerissen hatte, wieder vereinigt: um sie gemeinsam nach Auschwitz-Birkenau zu deportieren. Am 15. März 1943 traf der Deportationszug im Vernichtungslager ein. Für die Sinti-Kinder aus Neustrelitz wie für die meisten anderen verschleppten Menschen sollte es die letzte Station ihres Leidensweges sein.

Die aufgefundenen Fotos der Kinder machen die Dimension des Verbrechens im eigentlichen Wortsinn anschaulich, sie geben den Opfern ein Gesicht. Die Aufnahmen von ihrem Abtransport lassen sich in zweierlei Weise lesen: als verstörendes Zeugnis des Zivilisationsbruchs und als Zeugnis der mutigen Entschlossenheit eines Einzelnen, diese bis heute unbegreifliche Tat für die Nachwelt festzuhalten.

Unser herzlicher Dank geht an die katholische Gemeinde Neustrelitz und an Josef Wagner, der vor Ort wichtige Informationen zu den Kindern zusammentragen konnte. Falls sich ein Leser an die Kinder erinnert oder etwas zur Aufklärung ihres Verfolgungsschicksals beitragen kann, sind wir für jeden Hinweis dankbar.

(fr)

Roma-Mediatoren geschult

In Europa ist die Mediation zwischen staatlichen Institutionen und Roma-Gemeinschaften eine häufig genutzte Form, um Benachteiligung auszugleichen, der Angehörige der Minderheit auf vielen Gebieten ausgesetzt sind. Die Mediatoren kommen zumeist aus den Reihen der Minderheit selbst, sprechen die Sprache und sind mit der Kultur vertraut. Ihre Aufgabe ist es, die Kommunikation zwischen den Familien und staatlichen Stellen herzustellen und zu erleichtern.

An dieser Stelle setzt ROMED ein. Das Programm zielt auf eine effektive, interkulturelle Mediation und konzentriert sich auf die Verbesserung kommunikativer Strategien. Die allparteiliche Vermittlerinstanz rückt ins Zentrum der Mediation, die weder die staatlichen Institutionen aus ihrer Verantwortung entlässt, noch der Roma-Gemeinschaft Anreize für eine passive Haltung gibt. Im Trainingsseminar wird den Mediatoren eine Reihe von Methoden und Werkzeugen vorgestellt, die es ihnen ermöglicht, die beteiligten Parteien zu einer eigenverantwortlichen Zusammenarbeit zu motivieren und sich an notwendigen Veränderungsprozessen aktiv zu beteiligen.

Im Oktober 2010 haben die Mitgliedsstaaten des Europarats in der Straßburger Erklärung verabschiedet, dass ein europäisches Trainingsprogramm für Roma-Mediatoren umgesetzt werden soll, das bestehende Programme und Projekte ergänzt. ROMED richtet sich folglich an bereits ausgebildete und im Beruf stehende Mediatoren. Insgesamt 600 Mediatoren in 16 europäischen Ländern wurden 2011 im Rahmen von ROMED unterrichtet. Ein weiterer wichtiger Faktor von ROMED ist die Einbeziehung von Vertretern lokaler Behörden und Organisationen, die mit Mediatoren arbeiten.

In Deutschland ist ROMED auf die Schulmediation begrenzt. Insgesamt 21 Mediatoren und Mediatorinnen haben daran teilgenommen. Das erste Seminar fand im April 2011 in Berlin statt. Das Dokumentationszentrum Deutscher Sinti und Roma hat für die Praxisphase und den Austausch mit dem Europarat die Aufgabe der nationalen Anlaufstelle übernommen. Die zweite und abschließende Trainingssitzung fand deshalb auch im Dokumentationszentrum in Heidelberg statt. Im Februar werden Vertreter des Zentrums an der Evaluierungssitzung in Straßburg teilnehmen.

Schon jetzt lässt sich resümieren, dass ROMED mit seinem auf den Menschenrechten basierenden und demokratischen Ansatz dazu geeignet ist, eine Referenz für die europaweite Beschreibung eines Mediatorenberufs darzustellen, der eine weit größere Anerkennung und Akzeptanz mit sich bringt.

(om)

Weitere Informationen: **www.sintiundroma.de**

Flamenco-Star Miguel Vargas tanzte zum Auftakt der neuen Kooperation des Theaters und des Dokumentations- und Kulturzentrums | © Luis Castilla

Neue Heidelberger Intendanz legt Schwerpunkt auf Sinti und Roma

Werke mit und über Sinti und Roma auf die Bühne zu bringen – das ist eines der Ziele, die sich der neue Intendant des Theaters Heidelberg Holger Schultze gleich zu Beginn seiner Tätigkeit gesetzt hat. Ein eigentlich naheliegender Gedanke, denn in der Stadt der deutschen Romantik schlägt seit vielen Jahren das politische und kulturelle Herz der deutschen Sinti und Roma. Einer seiner ersten Termine in Heidelberg führte Holger Schulze denn auch in das Dokumentations- und Kulturzentrum. Schnell waren dabei Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit ausgelotet.

Seinen ersten Ausdruck fand die Partnerschaft am 30. Oktober 2011 mit dem Gastspiel von Miguel Vargas und seinem Ensemble. Im Opernzelt wurde an diesem Abend das Tanz-Theater „Ritmos con Alma" aufgeführt: ein Stück zur Geschichte des Flamencos, der vor über 150 Jahren aus den Klagegesängen der andalusischen Sinti und Roma entstand.

„Ritmos con Alma" präsentierte dabei eine Interpretation dieser alten Melodien und Rhythmen, die sich zu einer wunderbaren Hommage an dieses kulturelle Erbe verbanden. Am Ende revanchierte sich das begeisterte Publikum bei den spanischen Künstlern – und der Manfred-Lautenschläger-Stiftung, die das Gastspiel ermöglicht hatte, – mit lang anhaltendem Applaus. Und auch das nächste Gemeinschaftsprojekt ist bereits in Vorbereitung: Im Frühjahr 2012 wird das Theater Heidelberg eine Adaption von „Elses Geschichte" aufführen; Premiere ist am 3. März.

(ga)

Weitere Informationen:
www.theaterheidelberg.de, www.miguelvargas.com

Der ehemalige Ort des Schreckens ist heute ein Ort der Erinnerung und des Gedenkens | © Armin Ulm

**„Ich kann keinen Hass empfinden" –
Das Dokumentations- und Kulturzentrum reist mit Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Holocaust-Überlebenden nach Auschwitz**

Von Kathrin Knödler und Armin Ulm

Zögerlich geht Daniel über die Schienen in Auschwitz-Birkenau, vorbei an Wachtürmen und Stacheldraht, den Blick gesenkt, bemüht das Grauen zu fassen und doch ohnmächtig vor dem Geschehenen. Hier im ehemaligen Vernichtungslager, wo heute Mauerreste von Baracken und Krematorien vom Massenmord zeugen, starben in der Nacht vom 2. auf den 3. August 1944 die letzten 2900 dort verbliebenen Sinti und Roma in den Gaskammern. Ein halbes Jahr zuvor noch, am 16. Mai, scheiterte der erste Mordversuch an den damals noch 6000 Sinti und Roma am Widerstand der Inhaftierten. Alle noch arbeitsfähigen Lagerinsassen verschleppte die SS daraufhin in andere Konzentrationslager. Zurück blieben Frauen, Kinder, Alte und Kranke – sie alle wurden in der Nacht zum 3. August ermordet. Daniel weiß das nur zu gut. Der 19-jährige Schwetzinger Schüler ist selbst Sinto. Auch Angehörige seiner Familie kamen in Auschwitz ums Leben. Er verspürt große Trauer. Aber Verbitterung? Daniel antwortet: „Wenn ich in die Augen der Nicht-Sinti schaue und die gleiche Betroffenheit und Traurigkeit sehe, kann ich keinen Hass empfinden."

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma fährt seit 1985 regelmäßig mit einer Delegation von Holocaustüberlebenden, begleitet von ihren Familien, und Angehörigen der Ermordeten nach Polen, um den am 3. August Getöteten und unzähligen weiteren Opfern des nationalsozialistischen Völkermords zu gedenken. 2011 schloss sich das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma erstmals offiziell mit einer Gruppe junger Menschen aus Minderheits- und Mehrheitsgesellschaft an. Im Fokus stand der Dialog zwischen den Jugendlichen und mit den Überlebenden am Gedenkort. In der Umsetzung erwies sich das Konzept als sehr erfolgreich. Aus gegenseitigem Interesse und vielen langen Gesprächen entstand bereits auf der Busfahrt nach Krakau ein harmonisches Gruppengefüge. Verschiedene Perspektiven stellten kein Hindernis, sondern vielmehr Anlass zu regem Austausch dar.

Insbesondere die Gespräche mit den Auschwitz-Überlebenden bewegten die Jugendlichen. Gemeinsam mit Hermann Höllenreiner und Franz Rosenbach besuchten sie die Ausstellung zum nationalsozialistischen Völkermord an den Sinti und Roma im ehemaligen Stammlager von Auschwitz. Bewegt schilderten Höllenreiner und Rosenbach ihre Verfolgung und die Zeit in Auschwitz. Mit neun Jahren kam Höllenreiner mit seinen Eltern und seiner Schwester in das KZ. Noch immer lassen ihn seine Erinnerungen schaudern, nichts hat er vergessen. „Jeder im Lager hat gewusst, was hier passiert. Den ganzen Tag haben ja die Kamine

Alljährlich gedenken die Sinti und Roma in Auschwitz-Birkenau den Opfern des Holocaust | © Armin Ulm

geraucht", erzählt er. Ihr Überleben: „Purer Zufall". Rosenbach und Höllenreiner aber deuten den Zufall später als Schicksal und berichten seitdem was Schreckliches geschah. „Nach Auschwitz zu kommen, ist für uns schwer. Aber in der Jugend sehen wir die einzige Hoffnung, die Schrecken der Welt zu mindern", sagen sie.

„Mit den Überlebenden hier in Auschwitz über ihre fürchterlichen Erfahrungen reden zu können, war sehr wichtig für mich", sagt der Schwetzinger Schüler Daniel. „Ich habe größten Respekt dafür, dass sie diese Fahrt mitmachen." Immer wieder motivierten Höllenreiner und Rosenbach die jungen Menschen, gegen Rassismus und Diskriminierung anzugehen. Bildung sei der Schlüssel im Kampf gegen Vorurteile und Rassismus. Deshalb forderten sie alle auf: „Macht etwas aus eurem Leben und lernt einen guten Beruf."

Die Resonanz der Teilnehmer auf die Fahrt zeigt: Der Wert von Erinnerungsarbeit, Zeitzeugengesprächen und politischer Bildung am historischen Ort kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Beschäftigung mit den Themen Rassismus und Diskriminierung erhält in einem von der jeweiligen Alltagswelt losgelösten Rahmen direkt an den Schauplätzen des nationalsozialistischen Völkermords eben doch eine besondere Intensität, die den Lerneffekt um ein Vielfaches verstärkt und auf diese Weise nicht durch eine Auseinandersetzung im Schulunterricht erzielt werden kann.

Die Holocaust-Überlebenden Franz Rosenbach (l.) und Hermann Höllenreiner schildern die Grauen der NS-Verfolgung | © Armin Ulm

Um diese Erfahrungen aufarbeiten und um Lehren aus dem Erlebten ziehen zu können, fanden am letzten Tag der Reise zwei Workshops statt. Markus End, Wissenschaftler am Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung, und Bernhard Gaudian, Kommunikationstrainer und Regisseur, arbeiteten in der internationalen Jugendbegegnungsstätte Oświęcim in kleinen Gruppen intensiv mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Die geschichtlichen Hintergründe des Rassismus gegen Sinti und Roma und seine heutigen Erscheinungsformen waren Thema des einen Workshops. Gesprächs- und Argumentationsstrategien, um künftig selbstbewusst gegen Diskriminierung und Rassismus vorgehen zu können, Inhalt des anderen.

Am Ende waren sich alle Teilnehmer und das Betreuer-Team aus Mitarbeitern des Dokumentations- und Kulturzentrums und des Bündnisses für Demokratie und Toleranz sicher: Die Bildungs- und Gedenkreise 2011 war ein prägendes Erlebnis und eine wichtige Erfahrung für alle Beteiligten. Das Konzept „Erinnerung im Dialog" ging auf, wie die 17-jährige Friederike Münz aus Weimar bestätigt: „Dass ich also so bewegt von dieser Reise zurückkomme, habe ich vor allem auch denen zu verdanken, die mitgefahren sind. Zwar waren sich die Mitglieder unserer Gruppe am Anfang noch fremd, doch beim Austausch von Sinti und Roma und Nicht-Sinti bzw. Nicht-Roma, beim Kundtun der eigenen Betroffenheit, verband uns schließlich sehr viel." Die Gespräche hätten sich nicht nur um das Hitler-Regime gedreht, sondern auch um den gegenwärtigen Rassismus gegenüber Sinti und Roma. Dabei sei mit viel Verständnis und Respekt diskutiert worden. Vor allem das habe sie, sagt Münz, persönlich sehr berührt: „Diese Reise war eine Bereicherung und Erfahrung, die mich ganz sicher mein ganzes Leben nicht mehr loslassen wird."

Seit der ersten Gedenkfahrt, die für die Überlebenden und Angehörigen der Opfer von großer Bedeutung ist, organisiert Peter Berneiser die Reise. Der langjährige Wissenschaftliche Mitarbeiter des Dokumentations- und Kulturzentrums hatte stets für alle großen und kleinen Probleme während der Reise die richtige Lösung parat. Die diesjährige Fahrt war für ihn seine letzte als Organisator, denn Ende Dezember 2011 ging er in den verdienten Ruhestand. Damit endet zumindest offiziell sein großes Engagement für die Belange der Minderheit der Sinti und Roma. Im Falle von Peter Berneiser zeigt sich besonders auf den Gedenkreisen nach Auschwitz, dass ein Beruf im besten Sinne eine Berufung sein kann.

Jugendliche und junge Erwachsene, die in diesem Jahr an der Gedenk- und Bildungsreise teilnehmen möchten, können sich per Mail an info@sintiundroma.de bis zum 30. April anmelden. Eine Teilnahme kann nicht garantiert werden.

Weitere Informationen: **www.auschwitz.org**

„Die Sprachlosigkeit machte mich wütend"

Die ungarische Bürgerrechtlerin Agnes Daróczi über ihre Motivation als Bürgerrechtlerin, Rassismus und die Roma als Teil der europäischen Kultur

Agnes Daróczi studierte ungarische Sprache und Kultur, Kulturmanagement und Journalismus an der ELTE Universität in Budapest. Sie arbeitete unter anderem als Chefredakteurin der ersten ungarischen Roma-Sendung bei der Ungarischen Fernsehanstalt, bei verschiedenen Stiftungen und beim Ungarischen Kulturinstitut. Sie veröffentlichte zahlreiche Bücher und Filme. Seit ihrer Jugend engagiert sie sich für die Rechte von Roma, wofür sie neben anderen Auszeichnungen 2010 den Sonderpreis des Europäischen Bürgerrechtspreises der Sinti und Roma bekam. Die Fragen stellte Armin Ulm.

Dokumentations- und Kulturzentrum: Frau Daróczi, seit Ihrer Jugend setzen Sie sich intensiv für die Rechte von Sinti und Roma ein. Wie kam es dazu?

Agnes Daróczi: Ich begann erst im Alter von 17 Jahren in der Öffentlichkeit meine Mutterprache Romanes zu sprechen. Aber seitdem kämpfe ich für die Rechte unserer Minderheit.

Als erwachsene Frau hatte ich dann zwei Schlüsselerlebnisse: Zum einen traf ich als Journalistin auf ein kleines ungarisches Dorf, in dem über 50 Jahre niemand davon gesprochen hatte, dass alle Roma des Dorfes von den Nazis ermordet worden waren. Bis heute sind die Namen der Opfer nicht bekannt. Keine Gedenktafel erinnert an ihr Schicksal. Nichts. Darüber haben mein Mann und ich dann ein Buch geschrieben.

Das zweite prägende Erlebnis war der Moment, als der Onkel meiner Mutter uns zum ersten Mal erzählte, dass auch er Überlebender des Holocaust sei. Bis ins hohe Alter konnte er nicht davon sprechen, nicht mal vor seiner Familie. Das hat mich traurig gemacht, aber auch ungeheuer wütend.

Dokumentations- und Kulturzentrum: Gerade für die ungarischen Roma ist die Situation gegenwärtig sehr angespannt. Regelmäßig kommt es zu gewalttätigen Ausschreitungen. Wie erklären Sie sich das?

Agnes Daróczi: In Ungarn sind die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise sehr stark zu spüren. Das frustriert die Leute. Zugleich sind Vorurteile gegenüber Roma in weiten Teilen der Bevölkerung stark verankert, so dass Roma oft als Sündenböcke herhalten müssen. So kommt es dann zu Ausschreitungen. Allerdings fehlt es eben auch an Aufklärung etwa in Schulen und Hochschulen. Die Geschichte der Roma als Teil der Geschichte Ungarns muss endlich in den Bildungskanon aufgenommen werden. In keinem anderen Land Osteuropas ist die Kultur so stark durch die Roma geprägt wie in Ungarn. Aufklärung ist allerdings auch in anderen Ländern Europas ein Problem. In Deutschland etwa steht noch heute wenig über den Holocaust an den Sinti und Roma in den Schulbüchern, obwohl er so vielen Menschen das Leben gekostet hat. Dagegen prägen meist Vorurteile das Denken über unsere Minderheit.

Dokumentations- und Kulturzentrum: Wird die EU-Rahmenvorgabe für nationale Strategien zur Verbesserung der Lage von Roma in Europa Abhilfe schaffen?

Agnes Daróczi: Die Rahmenvorgabe ist eine große Herausforderung für die Nationalstaaten. Auch für Ungarn. Die Gefahr dabei ist, dass jetzt alle Länder warten, was von Europa kommt, aber nichts für ihre eigenen Bürger tun. Die Verantwortung liegt aber bei den Nationalstaaten. Sie können sie nicht einfach auf Europa abwälzen. Wir Roma sind zuerst Bürger unserer Heimatländer. Das wollten wir schon immer sein. Unsere Wanderung vor 500 Jahren war ein Exodus. Wir wandern schon seit Jahrhunderten nicht mehr, sondern wollen endlich als Bürger unserer Heimatländer anerkannt werden. Dazu braucht es Solidarität, Respekt und die Durchsetzung der Menschenrechte. Und das müssen vornehmlich die Nationalstaaten leisten …

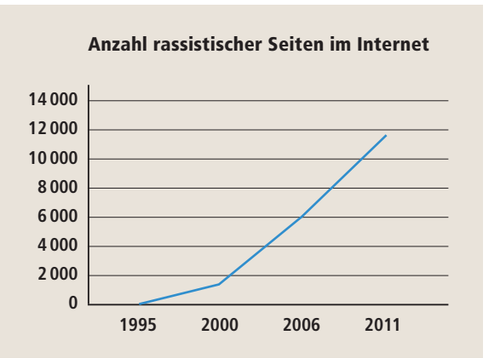
Dokumentations- und Kulturzentrum: … die allzuoft fragen, was ihnen das konkret bringen soll …

Agnes Daróczi: … weil sie nicht verstehen, dass Investitionen in Roma und Sinti nicht nur Investitionen in Menschen und Gesellschaft sind, sondern auch knallharte Rendite in Form von Steuereinnahmen bedeuten. Denn gut ausgebildete, arbeitende Menschen generieren nun mal die Einnahmen für den Staat, in dem sie leben, und Wohlstand und Aufklärung garantieren den sozialen Frieden. Das ist die Grundlage für das vereinte Europa der Zukunft.

Dokumentations- und Kulturzentrum: Frau Daróczi, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Agnes Daróczi vor einem von Rassisten zerstörten Roma-Haus in Ungarn | © Herbert Heuss

Rassismus findet nicht mehr allein in der realen Welt statt | Screenshot



Im Jahr 2011 zählt das Simon Wiesenthal Center 11 500 rassistische Seiten im Internet | © Simon Wiesenthal Center

Rassistische Inhalte erobern das Netz

Antiziganismus und Rassismus sind im Internet weit verbreitet – da helfen auch das Löschen und Sperren von Webseiten wenig

Die Dynamik des Internets ist einzigartig. Längst ist das World Wide Web nicht mehr nur Medium, sondern supranationale Infrastruktur ohne die unsere Welt, wie wir sie heute kennen, schlichtweg zusammenbräche. Millionen Menschen nutzen das Internet, weshalb Rassismus gerade dort eine Wirkungsmacht entfalten kann, die vor der Digitalen Revolution nicht möglich gewesen wäre. Gerade Sinti und Roma sind häufig von rassistischer Hetze im Netz betroffen wie Untersuchungen des Dokumentations- und Kulturzentrums und jugendschutz.net zeigen. Heinz Fromm, Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, weiß: „Jugendliche und Erwachsene sind im Cyberspace unvermittelt Hetze ausgesetzt. Das ist eine große Gefahr, vor allem als Plattform für Terroristen. Extremisten schaffen sich durch das Internet eine Breitenwirkung, die sie auf herkömmlichen Wege niemals erreichen könnten."

Gerade auf Grund der spezifischen Struktur des Mediums sind Rassismus und Antiziganismus im Netz so gefährlich. Denn das Internet ermöglicht Menschen weltweit, sich zu informieren, zu publizieren und zu kommunizieren; und zwar weitgehend unabhängig von Raum, Zeit und institutioneller Kontrolle. Das ist zwar einerseits Segen, in diesem Fall aber Fluch. Für Rechtsradikale ist das Internet zu einer Plattform geworden, auf der sie weitgehend ungehindert agieren können. Denn das Löschen rassistischer Inhalte funktioniert, wenn überhaupt, nur unzureichend, so dass sich die Frage stellt, wie sinnvoll gegen Extremismus im Netz vorgegangen werden kann.

- **Internationale Lösungen gefragt**

In Deutschland ist die freie Meinungsäußerung Grundrecht. Gleichwohl sind bestimmte Handlungen und Äußerungen im rechtsextremen Kontext strafbar. So die Verbreitung von Propagandamitteln, verbotenen Symbolen und indizierten Musikstücken sowie die Veröffentlichung volksverhetzender Texte. Das Kernproblem aber ist, dass die deutsche Justiz nur bedingt Zugriff auf rassistische Inhalte im Netz hat: Zwar regeln nationale Gesetze auf nationaler Ebene was legal und illegal ist, jedoch hebt das Internet als supranationale Infrastruktur nationale Grenzen auf, bewegt sich jenseits nationaler Gesetzgebung und Rechtsauffassung. Deshalb sind rechtsradikale Inhalte im Netz relativ leicht, weil straffrei, zu verbreiten, wie Hans Geser vom Soziologischen Institut der Uni Zürich erläutert: „Insofern delinquente Netzautoren dem nationalstaatlichen Zugriff immer durch geographische Verlagerung ihrer Webserver aus weichen können, wird die im Internet faktisch bestehende Freiheit immer durch die Länder mit den momentan geringsten rechtlichen Restriktionen determiniert."

Im Falle von Rassismus sind das meist die USA, denn dort sind rassistische Inhalte nur dann strafbar, wenn sie zur Gewalt aufrufen. Holger Hövelmann, bis April 2011 Innenminister des Landes Sachsen-Anhalt, erläutert: „Für Rechtsextremisten ist das Internet eine bedeutende Plattform, um ihre Ideologie zu verbreiten sowie Anhänger und neue Sympathisanten zu mobilisieren und zu werben. Viele der deutschen Webseiten werden über Anbieter in den Vereinigten Staaten bereitgestellt, denn dort sind rechtsextremistische, antisemitische und rassistische Inhalte nicht strafbar."

Eine wirksame Bekämpfung heikler Inhalte im Netz bei einem weltweiten Medium erfordert also internationale Lösungen. Daran scheitert die Politik im Falle rassistischer Inhalte. Denn bislang gelang es nicht oder nur sehr vereinzelt nationales und internationales Medienrecht zu vereinbaren. Dabei findet die Gratwanderung zwischen der Einschränkung von Grundrechten wie der freien Meinungsäußerung auf der einen und der Durchsetzung nationaler Gesetze in einem globalen Medium auf der anderen Seite statt.

- **Antiziganismus in sozialen Netzwerken überpräsent**

Das Jahr 1995 stellt eine Zäsur für das Internet dar. Damals ging die erste erfasste rassistische Webseite online. Seitdem ist die Anzahl rassistischer, neofaschistischer und rechtsradikaler Seiten sprunghaft angestiegen. Das

Simon Wiesenthal Center nennt geschätzte Zahlen, die Dunkelziffer ist wohl weit höher: 1995 war eine rassistische Seite online, 2011 sind es 11 500. Aber virtueller Rassismus findet heute gar nicht mehr primär auf einzelnen Seiten rechtsextremen Ursprungs statt, sondern vielmehr in Diskussionsforen, Blogs, in Kommentaren zu Youtube-Videos oder auf persönlichen Facebook-Seiten. Die Organisation jugendschutz.net dokumentierte für das Jahr 2010 im Bereich Social Media etwa 6 000 rechtsextreme Profile, Videos und Userkommentare, und damit drei Mal so viele Beiträge wie im Vorjahr. Während Websites gezielt angesteuert werden müssen und über eine eher begrenzte Nutzerzahl verfügen, wird in Communitys, auf Videoplattformen und in der Blogosphäre ein Millionenpublikum erreicht.

Das Dokumentations- und Kulturzentrum arbeitet in Kooperation mit jugendschutz.net seit 2010 daran, Antiziganismus im Internet zu beobachten, zu dokumentieren und systematisch auszuwerten. Auch für den Antiziganismus lässt sich festhalten: Strafbare Aussagen finden sich vor allem auf Angeboten, die nicht in einem dezidiert rechtsextremen Kontext stehen, sondern, und zwar mehr als die Hälfte, in sozialen Netzwerken und auf Youtube. Einzelne Videos auf der Plattform haben bis zu 170 000 Zugriffe. Verfassungsschutzpräsident Fromm dazu: „Wir haben nicht die Illusion, dass wir diese Dinge unmittelbar aus dem Netz entfernen können. Die rechtlichen Schwierigkeiten sind zu groß. Es ist daher wichtig, die gesellschaftlichen Kräfte zu mobilisieren, um dem Hass entgegenzutreten."

▪ Netzsperren gescheitert

Auf Grund der Brisanz des Sachverhalts brachte Ursula von der Leyen 2009 das Thema Netzsperren in die Diskussion. Die damalige Familienministerin unterzeichnete noch vor der Bundestagswahl Sperr-Verträge zwischen dem BKA und fünf Internetdienstleistern, um dann ein Internet-Sperren-Gesetz, das sogenannte Zugangserschwerungsgesetz, auf den Weg zu bringen.

Anfang 2011 nahm die Koalition allerdings wieder von Sperrinfrastruktur und Zugangserschwerungsgesetz Abschied, da die Erkenntnis reifte, dass Netzsperren kein probates Mittel gegen Online-Kriminalität darstellen. Warum das so ist, erklärt Andy Müller-Maguhn, Vorstand des Chaos Computer Clubs: „Die vielzitierten Probleme Nazi-Propaganda und Kinderpornographie lassen sich nicht durch Sichtblenden im Internet lösen. Die Seiten bleiben nach wie vor im Netz. Und auch das Totschlagargument Kinderpornographie schlägt fehl. Kinderpornos sind weltweit illegal. Wo immer solche Bilder auftauchen, kann die Justiz des Staates direkt eingreifen und die Täter verfolgen. Sichtblenden sind also unnötig."

Internetsperren beseitigen das Übel also nicht an der Wurzel, da illegale Inhalte bestehen bleiben oder die Sperren einfach umgangen werden, indem die Inhalte an anderer Stelle wieder entstehen oder User diese einfach knacken. Sind Internetsperren aber erst etabliert, befürchten Experten umfassende Zensur in anderen Bereichen.

Deshalb erprobte die Koalition ein Jahr lang die Löschung von gefährdenden Internetseiten. Im Bereich Kinderpornographie sprechen der Verband der Deutschen Internetwirtschaft Eco und die Bundesjustizministerin mittlerweile von einer Erfolgsquote von über 90 Prozent. Zwar sind die Zahlen umstritten, aber selbst wenn sie stimmen sollten, bleibt das Problem Rassismus im Netz bestehen. Jugendschutz.net etwa erreichte 2010 nur bei einem Drittel der Fälle von antiziganistischer Hetze die Löschung.

▪ Wir müssen agieren statt nur zu reagieren

Heikle Inhalte müssen, wo immer es geht, gelöscht und Täter bestraft werden. Dennoch sehen Experten momentan die einzig erfolgversprechende Möglichkeit, Rassismus online einzuschränken, in zivilgesellschaftlichem Engagement, in der Vermittlung von Medienkompetenz und in aktiver Präsenz.

„Wir müssen agieren statt nur zu reagieren", empfiehlt daher Jacques Delfeld Junior, Leiter des Referats Beratung im Dokumentations- und Kulturzentrum: „Wenn Einrichtungen wie unsere und jeder Einzelne aktiv gegen Rassismus vorgehen und Konsequenzen aus der digitalen Revolution ziehen, die Schlüsselwörter lauten hier autonomer User und Counter-Speech, so sind das Schritte in die richtige Richtung." Zeit und Geld müsse investiert werden, um im Internet aktiv und präsent zu sein. Planstellen eingerichtet werden, deren Funktion darin besteht, die Facebook-Seite oder andere Social Media Aktivitäten zu betreuen. Das heißt aber auch, dass jeder einzelne selbst aktiv werden müsse. „Denn", so Delfeld Junior, „Rassismus findet nicht mehr allein in der realen Welt statt."

(au)

Weitere Informationen: **www.jugendschutz.net, www.ccc.de, www.bundespruefstelle.de, www.inach.net, www.inhope.org, www.netz-gegen-nazis.de, www.nonliner-atlas.de, www.wiesenthal.com**

Herbstprogramm bietet Vielfalt und Nervenkitzel

Auch unser Herbstprogramm stand nochmals ganz im Zeichen des EU-Projekts „Roma Routes“. Kern des Projekts ist der interkulturelle Dialog. Die Veranstaltungen finden dieses Jahr in der Abschlusskonferenz, die unser Zentrum in Heidelberg ausrichten wird, ihren Höhepunkt.

Weitere Informationen: **www.romaroutes.eu**

Das zahlreich erschienene Publikum staunt ob des Wagemuts der berühmten Artistin | © Dokumentations- und Kulturzentrum

Sensationell: der Auftritt Anna Trabers. Für viele klingt der Name ja bis heute legendär – Traber-Show. Worauf dieser Ruf gründet, konnte man am 11. Oktober auf dem Gelände des Dokumentations- und Kulturzentrums erfahren. An diesem Tag präsentierte die renommierte Artisten-Familie einen ihrer spektakulären Auftritte erstmals in der Heidelberger Altstadt. Mit großem Aufwand war hierfür im Hof des Zentrums ein 52 Meter hoher Stahlmast auf einem Lastwagen errichtet worden. Nachdem die 25-jährige Anna Traber in Windeseile die Spitze dieser Konstruktion erklommen hatte, versetzte sie das Publikum mit atemberaubenden Kunststücken in Staunen.

Mit ihrem artistischen Wagemut folgt Anna Traber einer Familientradition, die bis ins 18. Jahrhundert zurückreicht und der Familie im Laufe der Jahre ein weltweites Renommee beschert hat. Gerade weil bei Erfolgsgeschichten dieser Art die Minderheitenzugehörigkeit aus Sorge vor möglichen Nachteilen gerne verschwiegen wird, wiesen die Trabers bei ihrer Vorführung in Heidelberg sehr bewusst darauf hin, dass ein Teil ihrer Familie von deutschen Sinti abstammt.

Weitere Informationen: **www.traber-show.de**

Anna Traber schwebt in 52 Metern Höhe über den Dächern der Heidelberger Altstadt | © Dokumentations- und Kulturzentrum

Aber auch musikalisch feierten wir in Heidelberg Premiere als im September Romeo Franz und Supertalent-Halbfinalistin Tanja Grünewald das erste Mal gemeinsam auftraten. Das Romeo Franz Ensemble mit Unge Schmidt an der Gitarre, Jani Lehmann am Bass und Ringo Hirth am Schlagzeug harmonierte einzigartig mit Grünewalds Stimme.

Weitere Informationen: **www.swing-rfe.de**

In einzigartiger Symbiose musizieren Tanja Grünewald und das Romeo Franz Ensemble im Jazzkeller des Dokumentations- und Kulturzentrums | © Dokumentations- und Kulturzentrum

Aus dem Elsass kamen der meisterhaft spielende Akkordeonist Marcel Loeffler und sein Trio, um das Heidelberger Publikum zu begeistern | © Dokumentations- und Kulturzentrum

Dem Bild „Frankfurt Dieselstraße 1937" von Bernd Rausch liegt eine Skizze des „Zigeunerlagers" in der Dieselstraße zugrunde | © Dokumentations- und Kulturzentrum

Der Frankfurter Künstler Bernd Rausch spricht bei seiner Vernissage über die Schwierigkeit, nach Auschwitz Kunst zu machen | © Dokumentations- und Kulturzentrum

Vor der Vernissage des Künstlers Bernd Rausch entführte im Oktober noch eben der Kölner Poet Marco Aladin Sejdic seine Zuhörer auf eine lyrische Reise durch die Kulturen der Roma. Am 8. November war es dann aber so weit: Bernd Rausch und der Förderverein Roma eröffneten ihre dokumentarisch-künstlerische Ausstellung „Frankfurt-Auschwitz". Provokativ stellen Initiatoren und Künstler die Widersprüche der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der Verfolgung und Vernichtung von Roma und Sinti im Nationalsozialismus dar. Eine besondere Rolle nimmt dabei die traurige Vorreiterrolle Frankfurts ein. Die Arbeiten von Bernd Rausch sind eine künstlerische Auseinandersetzung mit dem NS-Menschheitsverbrechen. Für Rausch liegt „über allem, vor allem und allem zugrunde der Zivilisationsbruch Auschwitz."

Weitere Informationen: **www.ausstellung-rausch.de**

Den Auschwitz-Prozess bewertete dann Ende November der ehemalige Journalist Günther von Lojewski. Er gehört der Generation an, die den Nationalsozialismus noch mit Kinderaugen erlebten. Doch erst Jahre nach seinem Geschichtsstudium, wurde er mit den Gräueln des Nazi-Regimes konfrontiert: als junger Reporter der „Frankfurter Allgemeinen" im so genannten Auschwitz-Prozess.

Aber auch die Gegenwart nahmen wir mit zwei Vorträgen über den modernen Antiziganismus in Augenschein. Markus End, Diplom-Politologe und Doktorand am Zentrum für Antisemitismusforschung in Berlin, zeigte Struktur und Funktionsweise des Phänomens auf. Armin Ulm, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Dokumentationszentrum, betrachtete den Antiziganismus im Internet. Dieser ist dort weit verbreitet und technisch kaum kontrollierbar. Politische Gegenmaßnahmen scheitern meist an der Internationalität des Mediums. Es bedarf gesellschaftlichen Engagements, um Antiziganismus und Rassismus im Netz entgegenzuwirken. Der informative Abend wurde von einer lebhaften Diskussion mit den Zuhörern abgerundet.

Sinti und Roma verfügen über eine lange Erzähltradition | © Lit Verlag

Neuer Tagungsband erschienen

Die 2011 erschienene Publikation von Julia Blandfort und Marina Ortrud M. Hertrampf „Grenzerfahrungen: Roma-Literaturen in der Romania" beschäftigt sich mit literarischen und künstlerischen Ausdrucksformen von Vertretern der Volksgruppe der Roma. Reinhold Lagrene, Leiter des Referats Bildung im Dokumentations- und Kulturzentrum, über seinen Beitrag „Grenzerfahrungen der Sinti in Deutschland, Frankreich und Italien":

Sinti und Roma sind eine nationale Minderheit in Deutschland, die nach der Traumatisierung durch die NS-Verfolgung und den Holocaust in den ersten Jahrzehnten nach Kriegsende erneut Herabsetzung und Diskriminierung erfahren mussten. Der Rückzug in die traditionellen Schutzräume der Familie bot für viele die einzige Perspektive des Weiterlebens. Damit verbunden war eine Besinnung auf traditionelle Werte, die im Wesentlichen noch immer die Identität der Gruppe ausmachen. Die Sprache der Sinti, das deutsche Romanes, nie verschriftlicht und von den Nazis in der Absicht benutzt, die Minderheit auszuforschen, um sie dann zu vernichten, ist ein wichtiges Gut, dessen Preisgabe man aus der historischen Erfahrung heraus zu vermeiden sucht. Die fehlende Schriftform bedeutet indes nicht, dass die Minderheit keine Formen der Poesie, der Erzählung und der Aufarbeitung kollektiver Erfahrungen kennt. Die Sinti verfügen neben dem reichen musikalischen Erbe, das jedermann kennt, über eine lange Erzähltradition, die nur wenigen geläufig ist. Gleichwohl haben sich auch im deutschen Sprachraum Ansätze literarischer Umsetzung von Erfahrungen und Lebensumständen entwickelt, deren Verbreitung nur innerhalb kleiner Zirkel stattfindet und nicht nach außen dringt. Hier wohnt dem Schreiben, dem Aufschreiben und der Schaffung von Literatur ein besonderes Spannungsverhältnis inne: bewusst traditionell oder bewusst gegen die eigentliche Tradition.

(rl)

Weitere Informationen: **www.lit-verlag.de**

Forum für zeitgenössische Sinti- und Roma-Kunst eröffnet

Im April 2011 wurde im Aufbau Haus am Moritzplatz in Berlin-Kreuzberg die Galerie Kai Dikhas für zeitgenössische Kunst der Sinti und Roma im Beisein von Romani Rose eröffnet. Ziel ist es, durch das Aufbrechen einseitiger Wahrnehmungen zu einer Emanzipation der Kultur der Sinti und Roma beigetragen. Künstler aus der ganzen Welt sollen in ständig wechselnden Ausstellungen ein Forum erhalten.

Die Eröffnungsausstellung war der katalanischen Malerin Lita Cabellut gewidmet, die vor allem mit ihren großformatigen Porträts europaweit bekannt geworden ist. Im letzten Jahr wurde sie in Madrid mit dem „Premio de Cultura Gitana 2011" ausgezeichnet.

In seinem Vorwort zum ersten Ausstellungskatalog der Galerie, erschienen in der Edition Braus Berlin, schreibt Romani Rose: „Vor dem Hintergrund der von Fremdbestimmung geprägten Geschichte künstlerischer Repräsentation von Sinti und Roma ist es von umso größerer Bedeutung, dass unsere Minderheit am Beginn des dritten Jahrtausends durch Künstler, die ihr angehören, im Zentrum der internationalen Kunst- und Museumsszene angekommen ist. Künftig wird es darauf ankommen, diesen Weg konsequent fortzusetzen und das Bewusstsein für die Beiträge, die unsere Minderheit für die europäische Kulturgeschichte über

Die Galerie Kai Dikhas zeigt zeitgenössische Kunst der Sinti und Roma – hier die Vernissage der Malerin Lita Cabellut | © Nina Straßgütl

die Jahrhunderte geleistet hat, zu schärfen – und zwar jenseits verengter folkloristischer Klischeevorstellungen. Voraussetzung dafür ist, dass Sinti und Roma nicht nur als Objekte der Kunstgeschichte wahrgenommen werden, sondern selbst als Künstler öffentlich in Erscheinung treten."

Daher ist es ein wichtiges Signal, dass auf der letztjährigen Biennale in Venedig nach 2007 zum zweiten Mal Künstler aus den Reihen der Sinti und Roma in einem eigenen Pavillon Werke präsentieren. Unter ihnen ist auch der Dachauer Sinto Alfred Ullrich, der im Herbst 2011 ebenfalls in der Galerie Kai Dikhas ausgestellt hat. Für dieses Jahr ist eine Schau Alfred Ullrichs im Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma geplant. Kai Dikhas zeigt ab 27. Januar eine Ausstellung der Künstler Damian le Bas und Gabi Jiménez.

(fr)

Weitere Informationen: **www.kaidikhas.de, www.litacabellut.com, www.callthewitness.net**

Der Koffer mit Geschichte(n) veranschaulicht den Völkermord

Das Referat Dialog erarbeitet derzeit ein neues, auf drei Kernmodulen basierendes, pädagogisches Konzept. Nachdem die letzte Newess-Ausgabe den Fokus auf das Modul „Hingeschaut und nachgehakt" zur kritischen Bildinterpretation gerichtet hat, steht heute der „Koffer mit Geschichte(n)" und dessen Einsatz bei der Arbeit mit Schulklassen im Mittelpunkt.

Der Geschichtskoffer wurde für die inhaltliche Vertiefung der Ausstellungsthemen in Kleingruppenarbeit konzipiert und umfasst zwölf „Infoboxen", die neben Foto- und Dokumentenreproduktionen auch Video- und Audiosequenzen auf DVD und weitere Anschauungsmaterialien wie Bücher, Comic-Auszüge und mehr enthalten. Insgesamt wurden etwa 250 Einzelmaterialien für den pädagogischen Einsatz auf- und vorbereitet. Jede der Infoboxen wird durch ein Aufgabenblatt ergänzt. Dabei wurden die Aufgabenstellungen so konzipiert, dass sie nicht statisch auf eine Ziel- oder Altersgruppe oder gar eine exakt zu formulierende Antwort zugeschnitten sind. Vielmehr dienen sie den Schülern vor allem als Anregung und Orientierung bei der eigenständigen Auseinandersetzung mit den Themen.

Der Einsatz des Geschichtskoffers eignet sich für Schulklassen der Jahrgangsstufen 9 bis 11 und wurde für ein Zeitvolumen von etwa vier Stunden konzipiert. Faktisch bedeutet dies, dass Schüler einen halben Tag im Dokumentationszentrum verbringen und sich intensiver als bei Führungen mit den Inhalten der Ausstellung auseinandersetzen und dabei eigene Fragen und Zugänge zum Thema entwickeln.

Die Arbeit mit dem Geschichtskoffer verteilt sich auf zwei, durch eine Pause getrennte, Phasen: die inhaltliche Auseinandersetzung mit Themen der Ausstellung in Kleingruppen sowie den gemeinsamen, von den Gruppen erläuterten Ausstellungsrundgang. Sehr bewusst wurde bei der Konzeption des Geschichtskoffers davon abgesehen, die Schüler selbst die Kleingruppen bilden zu lassen. Denn nicht selten schließen sich Schüler zusammen, die ohnehin immer zusammenarbeiten, oder einzelne Schüler werden ausgegrenzt. Um eine möglichst zufällige Zusammensetzung der Gruppen zu erreichen, wurde ein Losverfahren entwickelt: In einer Box befinden sich – entsprechend der Schüleranzahl – Teile zerschnittener Fotos von Gegenständen im Geschichtskoffer. Die Schüler ziehen ein Fotoschnipsel und müssen anschließend die Mitschüler mit den dazugehörenden Teilen suchen, um Kleingruppen zu bilden. Anschließend nehmen die Gruppen die auf den Fotos abgebildeten Gegenstände aus dem Geschichtskoffer, dessen „Geschichten" sie näher erforschen sollen.

Dabei thematisiert unter anderem ein originales Schulbuch aus dem Jahr 1936 die nationalsozialistische Rassenideologie am Beispiel der Sinti und Roma, ein Paar alte Boxhandschuhe die Formen der Ausgrenzung am Beispiel des Boxers Johann Trollmann und ein Teddybär das Schicksal von Kindern und Jugendlichen als Opfer der Nationalsozialisten. Die Gruppen bestehen, je nach Klassenstärke, aus bis zu vier Personen. Bedingt durch diese Aufteilung können nicht alle zwölf Themen des Geschichtskoffers verteilt werden. Die Aufgabe der pädagogischen Mitarbeiter besteht darin, die von Schülern nicht bearbeiteten Inhalte in den abschließenden Ausstellungsrundgang einzubeziehen.

Mit dem Geschichtskoffer erarbeiten sich Jugendliche die Vergangenheit | © Dokumentations- und Kulturzentrum

Im weiteren Ablauf suchen die Schüler die zum Gegenstand gehörende Infobox in der Ausstellung. Die betreffenden Boxen wurden zuvor an den Ausstellungsabschnitten deponiert, deren Thema sie dokumentieren. Nach dem Auffinden der Infoboxen nehmen die Kleingruppen eine erste Sichtung der darin enthaltenen Materialien und der Aufgaben vor. Anschließend besprechen Mitarbeiter des Zentrums mit den Gruppen das weitere Vorgehen bei der Bearbeitung der Materialien und geben Anregungen für die spätere Präsentation der Ergebnisse beim Ausstellungsrundgang.

Wichtig ist dabei, die Schüler zu motivieren, nicht nur Informationen zu reproduzieren, sondern vielmehr auch persönlichen Erkenntnissen und Eindrücken in ihrer Präsentation Raum zu geben. Die Kleingruppenarbeit erfolgt dabei bewusst in den Ausstellungsräumen, um einen ständigen Bezug zwischen den Materialien der Infoboxen und den Ausstellungsinhalten herstellen zu können. Um entsprechende Arbeiten zu ermöglichen, können für das Abspielen von Audio- und Videoquellen tragbare DVD-Player genutzt werden. Eine Pause bildet den Abschluss der Erarbeitungsphase und leitet über zur zweiten Phase des gemeinsamen Rundgangs durch die ständige Ausstellung, bei dem die Gruppen ihre Ergebnisse vor der gesamten Klasse präsentieren. Die Mitarbeiter des Zentrums übernehmen dabei eine moderierende Funktion und unterstützen den Ablauf bei Bedarf mit zusätzlichen Informationen.

Der Ausstellungsrundgang gewährleistet, dass die Schüler nicht nur Kenntnisse über den von ihnen erarbeiteten Teilaspekt der Ausstellung wahrnehmen und weitergeben, sondern diesen auch in den historischen Gesamtkontext einordnen können. Eine Abschlussrunde im Plenum beendet die Arbeit mit dem Geschichtskoffer, dessen Einsatz sich in der pädagogischen Arbeit des Zentrums bereits bewährt hat. *(ap)*

Jacques Delfeld Senior (links) diskutiert mit Ron Williams über Menschenrechte in Europa | © Verband Deutscher Sinti und Roma RLP

Landesverband Rheinland-Pfalz – „Minderheitenrechte werden oft nicht umgesetzt"

„Die Farbe unter der Haut. Menschenrechte in Europa" war das Thema der Gesprächsmatinee mit Ron Williams im September 2011 in Landau. Mit Jacques Delfeld Senior diskutierte der deutsch-amerikanische Entertainer aktuelle Entwicklungen der Europa-Minderheitenpolitik und des Rassismus.

Die beiden waren sich einig: „Minderheitenrechte werden in vielen EU-Mitgliedsstaaten nicht umgesetzt. Populistische Wahlkampfparolen und die Zunahme von rechtsradikalen Gruppierungen in vielen Mitgliedsländern verletzen Menschenrechte und stellen eine ernsthafte Bedrohung für Minderheiten dar." Das Europäische Rahmenprogramm für die nationale Strategie zur Gleichberechtigung der Roma und Sinti soll politische Handlungsmaßstäbe setzen, um diesen Missständen zu begegnen. Dazu nahm der Verband auf Landesebene Stellung und führte Gespräche mit dem europapolitischen Sprecher der SPD-Fraktion und stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Europa und Eine Welt, Dieter Klöckner, sowie mit Barbara Schleicher-Rothmund, Vorsitzende des Oberrheinrates. „Grundsätzlich sind das Rahmenprogramm und die Festlegung der Verantwortung bei den jeweiligen Mitgliedsstaaten zu begrüßen", so Delfeld Senior. Der Fokus liege jedoch auf den sozialen und wirtschaftlichen Problemen und stehe der Zielsetzung, die gleichberechtigte Teilhabe von Sinti und Roma in der jeweiligen Gesellschaft zu gewährleisten, entgegen, da er marginalisierend wirke.

In Rheinland-Pfalz nahm die rot-grüne Landesregierung im Mai 2011 die Förderung der Minderheit in allen Bereichen des kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens in ihren Koalitionsvertrag auf. „Damit", so Delfeld Senior, „bringt die Landesregierung erfreulicherweise ihre besondere historische Verantwortung gegenüber der Minderheit zum Ausdruck."

Weitere Informationen: **www.vdsr-rlp.de**

Erich Schneeberger erhält von Barbara Stamm die Bayerische Verfassungsmedaille
© Bildarchiv Bayer. Landtag, Fotograf Rolf Poss

Landesverband Bayern – Erich Schneeberger ausgezeichnet

Für hervorragende Verdienste um die Bayerische Verfassung wurde Erich Schneeberger am 1. Dezember 2011 von der Präsidentin des Bayerischen Landtags, Barbara Stamm, mit der Bayerischen Verfassungsmedaille in Silber ausgezeichnet.

Als Vorsitzender des Landesverbands Deutscher Sinti und Roma Bayern setzt sich Erich Schneeberger seit Jahren für die gesellschaftliche Gleichbehandlung sowie den Erhalt der kulturellen Eigenständigkeit der Sinti und Roma und der Minderheitensprache Romanes ein. Darüber hinaus erwarb er große Verdienste in der Bürgerrechts- und Antidiskriminierungsarbeit. Als Mitglied des Kuratoriums der „Stiftung Bayerische Gedenkstätten" engagiert er sich in der Gedenkstättenarbeit des Freistaats Bayern. Die im Jahr 2007 gemeinsam vom damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber und Erich Schneeberger unterzeichnete „Gemeinsame Erklärung zwischen der bayerischen Staatsregierung und dem Verband Deutscher Sinti und Roma – Landesverband Bayern", in der sich der Freistaat verpflichtet, Sprache, Kultur und ökonomische sowie soziale Teilhabe der Sinti und Roma zu fördern, geht auf sein Engagement zurück.

Erich Schneeberger wurde am 9. Oktober 1950 in Stuttgart geboren. Seine Eltern waren Überlebende des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau. Mit seiner Frau und den drei gemeinsamen Kindern lebt er in Nürnberg. Seit den achtziger Jahren ist er für den Zentralrat Deutscher Sinti und Roma und – nach dessen Gründung im Jahre 1988 – für den Landesverband Bayern tätig.

Weitere Informationen: **www.sinti-roma-bayern.de**

Romani Rose bewertet EU-Rahmenvorgabe im Bundestag

Um das Positionspapier des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma zur „Rahmenvorgabe der Europäischen Kommission für nationale Strategien zur Verbesserung der Lage von Roma in Europa" mit Vertretern des Deutschen Bundestages zu erörtern, führte der Innenausschuss des Deutschen Bundestags am 26. Oktober 2011 ein Fachgespräch zu diesem Thema durch. Romani Rose führte die im Papier detailliert aufgeführten Punkte in seiner Rede auf und bewertete die Initiative der Europäischen Kommission grundsätzlich positiv. Entscheidend sei aber, so Rose, dass konkrete Programme auf lokaler Ebene tatsächlich auch stattfänden und dass nicht die gesamte Minderheit durch pauschalierende Strategien als vorgebliches Problem erneut ausgegrenzt würde.

▪ **Aus dem Redebeitrag Romani Roses:**
Der Holocaust an Sinti und Roma, dem in Europa 500 000 Angehörige unserer Minderheit zum Opfer fielen, wurde erst 1982 vom damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt anerkannt. Das jahrzehntelange Verleugnen hatte unmittelbare Auswirkungen auf die Lage der Minderheit in Deutschland. Die Verweigerung der Entschädigung, die fortgesetzte Kriminalisierung, Missachtung und Zurücksetzung in den Nachkriegsjahrzehnten bis in die achtziger Jahre haben eine ursächliche Wirkung auf die Ablehnung

Die Europäische Kommission legt vor – nun müssen die Mitgliedsstaaten nachziehen | © Xavier Häpe

in der Bevölkerung, und insbesondere für zum Teil heute noch bestehende Defizite im gesellschaftlichen Leben.

Die aktuelle Lage von Roma in Europa ist in einer Vielzahl von Ländern von gewaltbereitem Rassismus gekennzeichnet, der bereits mehrfach pogromartige Ausschreitungen und Morde zur Folge hatte. Dieser Rassismus baut auf der breiten gesellschaftlichen Ablehnung von Sinti und Roma auf. Eine Umfrage des Zentralrats im Jahr 2005 zeigte, dass 76 Prozent der befragten Sinti und Roma direkte Diskriminierungserfahrungen gemacht hatten.

▪ **EU-Rahmenprogramm braucht politischen Willen**
Das Europäische Rahmenprogramm für die nationale Strategie zur Gleichberechtigung der Roma und Sinti ist deshalb von entscheidender Bedeutung und wird vom Zentralrat grundsätzlich begrüßt. Es ist für die jeweiligen nationalen Minderheiten der Roma vor allem in den neuen Mitgliedsländern der Europäischen Union von großer Bedeutung – wenn eine Reihe von Bedingungen erfüllt sind und wenn insbesondere der politische Wille zur konkreten Umsetzung gezeigt wird.

Gleichzeitig sieht der Zentralrat in Diskussionen und Dokumenten zur Politik auf europäischer und nationaler Ebene die Tendenz, die partielle Marginalisierung der Romabevölkerung in einigen Mitgliedsstaaten als charakteristisches Merkmal für die gesamte Minderheit festzuschreiben. Hinzu kommt, dass immer wieder eine vorgebliche „besondere Lebensweise" oder „traditionelle Kultur" der Roma als Ursachen für die oft menschenunwürdigen Lebensbedingungen benannt, und damit die Verantwortung der Minderheit selbst zugeschrieben wird. So wird systematisch das Bild von „den Roma" als einer angeblichen „europäischen sozialen Randgruppe" produziert.

Genau das hat eine lange Tradition, auch in Deutschland. Erst mit der Bürgerrechtsarbeit und der daraus folgenden Anerkennung als nationale Minderheit hat sich die Politik geändert, so dass heute die Vertretung der Sinti und Roma – trotz und wegen der bestehenden Defizite – in einem kontinuierlichen Dialog mit den verantwortlichen Institutionen in Politik und Gesellschaft steht. Vor diesem Hintergrund sieht der Zentralrat für die Vorstellung einer nationalen Strategie in Deutschland, die letztlich nur pauschale Vorgaben machen kann, auch angesichts der föderalen Struktur des Landes keine Notwendigkeit; erforderlich sind vielmehr differenzierte politische Vorgaben und Maßnahmen, die regional und lokal implementiert und überprüfbar sind.

Hierzu gehört etwa die beispielhafte Aufarbeitung der eigenen Geschichte im Bundeskriminalamt (BKA). In einer umfassenden wissenschaftlichen Studie hat das BKA die systematische Kriminalisierung von Sinti und Roma in Deutschland durch die Polizeibehörden des Bundes und der Länder nachgezeichnet. Dem soll jetzt in der Ausbildung der Beamten Rechnung getragen werden.

▪ **Zentralrat fordert konkrete Maßnahmen**
Der Zentralrat regt in seinem Positionspapier eine Reihe von konkreten Maßnahmen im Bildungsbereich an. Dem Thema Sinti und Roma sollte ebenso wie dem Thema Minderheiten in der Entwicklung von Lehrplänen deutlich mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden als bisher.
Nicht zuletzt sind hier auch die Schulbuchverlage angehalten, entsprechende Änderungen an ihren Veröffentlichungen vorzunehmen. Bereits in der Lehrerausbildung wäre

es notwendig, die Themen Minderheiten sowie Vorurteilsbildung gegenüber Sinti und Roma fest in den Studiengängen zu verankern. Die Einrichtung einer ständigen Arbeitsgruppe bei der Kultusministerkonferenz hierzu ist wünschenswert. Zu den wichtigsten Maßnahmen im Bildungsbereich gehört die gezielte Förderung von Angeboten und Unterstützungsmaßnahmen vor Ort, die von allen Betei-ligten entworfen und umgesetzt werden.

Für die Angehörigen der Minderheit ist der Erhalt von Grabstätten NS-verfolgter Sinti und Roma als denkmalgeschützte Gräber von großer Bedeutung, da die Identität der nachfolgenden Generationen durch die historische Erfahrung der Verfolgung und des Völkermords nachhaltig geprägt wurde. Das Rahmenschutzabkommen des Europarats bildet die Grundlage für entsprechende Entscheidungen, die aber noch immer nicht für alle Bundesländer getroffen sind.

Es bestehen in Deutschland weitere Defizite in der gleichberechtigten Teilhabe: die Aufnahme von Vertretern der Sinti und Roma in den Rundfunkräten ist eine alte Forderung, die bislang nur in Rheinland-Pfalz für die Privatsender – mit gutem Erfolg – umgesetzt wurde. Die Deutsche Welle etwa berichtet regelmäßig und ausführlich über die Lage von Roma in Europa, und es ist sinnvoll und notwendig, dass Minderheiten hier auch als Indikator für gesamtgesellschaftliche Entwicklungen eine Stimme haben.

Zu den besonderen Verpflichtungen und zur Beseitigung bestehender Ungleichbehandlung gehört schließlich auch eine Ergänzung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein, die bisher nur für die dänische und friesische Minderheit den Anspruch auf Schutz und Förderung vorsieht. Schon Artikel 3 des Grundgesetzes verlangt hier eine gleichberechtigte Aufnahme der Sinti und Roma in den bestehenden Minderheiten-Schutz-Artikel 5 der Landesverfassung. Die Aufnahme in die Verfassung Schleswig-Holsteins kann nach der über 600-jährigen Geschichte von Sinti und Roma in Deutschland nicht ernsthaft mit dem Argument bestritten werden, Sinti und Roma seien „nicht landestypisch".

Die Lage der Roma, die als Flüchtlinge in Deutschland lediglich geduldet sind oder die als Migranten aus EU-Mitgliedsstaaten oder aus anderen Ländern nach Deutschland kommen oder schon lange in Deutschland leben, muss differenziert betrachtet werden. Grundsätzlich müssen Fluchtursachen in den Herkunftsländern bekämpft werden, insbesondere der wachsende gewaltbereite Rassismus gegenüber Roma in vielen Ländern Europas.

(hh)

Weitere Informationen: **www.ec.europa.eu**

Immer noch Baustelle vor dem Bundestag: Romani Rose und der mit dem Bau des Denkmals für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma betraute Künstler Dani Karavan haben einen Tag im Mai 2012 für die Eröffnung des Mahnmals ins Auge gefasst – das genaue Datum soll jetzt mit der Bundesregierung abgestimmt werden | © Christian Axt

Impressum

Herausgeber
Dokumentations- und Kulturzentrum
Deutscher Sinti und Roma

Autoren
Georg Armbrüster
Herbert Heuss
Kathrin Knödler
Reinhold Lagrene
Oliver von Mengersen
Silvio Peritore
Andreas Pflock
Frank Reuter
Romani Rose
Arnold Roßberg
Armin Ulm

Redaktion
Armin Ulm

Titelzeichnung
Dieter Quast

Gestaltung
Andrea Reuter

Druck
W&F DRUCK UND MEDIEN GmbH

Auflage
6 500

Gefördert vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages sowie unterstützt durch das Ministerium für Arbeit und Soziales aus Mitteln des Landes Baden-Württemberg.

Januar 2012
www.sintiundroma.de

Dokumentations- und Kulturzentrum
Deutscher Sinti und Roma

Bremeneckgasse 2 | 69117 Heidelberg

Fon +49 (0)6221 981102
Fax +49 (0)6221 981177
info@sintiundroma.de